

den Vorkriegstraditionen der Sozialdemokratie wurzelten, ihrerseits zwar ebenfalls einen „demokratischen Sozialismus“ propagierten, der jedoch inhaltlich und besonders in bezug auf die Arbeiterschaft keine prinzipielle Veränderung der industriellen Herrschaftsverhältnisse meinte, sondern das Amalgam parlamentarischer Demokratie und eines erheblich ausgeweiteten verstaatlichten Sektors. Insofern trifft es den Kern der Sache nicht, den demokratischen Sozialismus als bloße Vernebelungsideologie reformistischer sozialdemokratischer Kreise hinstellen. In dieser kritischen Distanzierung wird zudem überspielt, daß gerade auch die tschechoslowakischen Kommunisten nach 1945 alles andere wollten als weitreichende Veränderungen zugunsten einer autonom-selbstverwalteten Arbeiterschaft auf betrieblicher Ebene und in der Gesellschaft überhaupt, wie dies die ursprüngliche Konzeption des demokratischen Sozialismus um die „Cíl“-Gruppe und die Betriebsrätebewegung nach Kriegsende erstrebten. Nicht minder problematisch erscheint es, die internationale sozialistische Bewegung in den frühen Nachkriegsjahren, soweit sie das Konzept des demokratischen Sozialismus verfolgte, als „reformistisch“ zu deklarieren: Wenig Sinn macht dies insbesondere im Hinblick auf die britische Labour Party, deren „Außenpolitik“ in Ostmitteleuropa zwischen 1945 und 1948 ganz zu Unrecht mit den rigoros anti-kommunistischen Strategien des Foreign Office identifiziert wird.

Ein zweiter Einwand, der allerdings nicht allein Vošahlíková, sondern einem Großteil der tschechoslowakischen Literatur zur frühen Nachkriegsperiode gilt, betrifft die Erklärungskraft der Konzeptualisierung der Untersuchung(en) überhaupt. Es ist noch immer erstaunlich genug, daß die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung einen Vorgang wie die revolutionäre Umwälzung in der Tschechoslowakei zwischen 1945 und 1948 anhand einer geistesgeschichtlich verdünnten Ideologiegeschichte beschreibt, in der sich die konkreten Einstellungen, Verhaltensweisen und Bewußtseinslagen sozialer Gruppen kaum wiederfinden. Den Blick auf die „höheren Komplexitäten“, sei es „reaktionärer“ oder „revolutionärer“ Gesinnung, geheftet, schreiten die Darstellungen über die Niederungen des gesellschaftlichen Seins mit ihren Widersprüchlichkeiten, Unklarheiten und Unbestimmtheiten ebenso unbekümmert wie selbstgewiß hinweg. Es würde indessen genügen, genauer auf die Situation, die Hoffnungen und Erwartungen der Arbeiterschaft in der Nachkriegs-tschechoslowakei einzugehen (in einem Buch über die Sozialdemokratie naheliegend), um die Defizite dieser Art Geschichtsschreibung auf Schritt und Tritt deutlich zu machen. Mit dieser Kritik sind auch die innovatorischen Grenzen einer Darstellung gekennzeichnet, die gleichwohl einen ersten Schritt in Richtung einer adäquateren Betrachtung des Themas bildet.

München

Peter Heumos

*Hacker, Jens: Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939–1980.*

Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1983, 1047 S.

Der erste Teil der Analyse Hackers, der sich mit den Voraussetzungen für die Entstehung der östlichen Staatenverbinding auseinandersetzt, hat das Jahr 1939 zum

Ausgangspunkt. Während viele Historiker die Genese des Ostblocks vornehmlich unter militärischen Aspekten betrachten und sie folglich mit dem Jahr 1945 datieren, versucht Hacker unter Hinzuziehung auch politischer Aspekte nachzuweisen, daß die sowjetische Expansion in ihrer ersten Phase bereits 1939 begann, fußend auf den zwischen Stalin und Hitler festgelegten „Interessensphären“. Darüber hinaus sieht der Autor in der gegenüber der ČSSR und Polen betriebenen Politik Stalins ein deutliches Zeichen dafür, daß weitere Grundlagen für die Errichtung des Ostblocks während des Zweiten Weltkrieges geschaffen wurden, und zwar zu einem Zeitpunkt, als der Verlauf der militärischen Auseinandersetzung mit Deutschland noch längst nicht absehbar war.

Der mittlere Teil des Werkes setzt sich mit der Entwicklung der kommunistischen Staatenverbindung ab 1945 auseinander, die, orientiert an der jeweiligen Ausrichtung der sowjetischen Außenpolitik, nach Ansicht Hackers unterschiedliche Phasen erkennen lasse: den Zeitraum zwischen 1945 und 1947 kennzeichnet er als die erste Entwicklungsphase. Er beschreibt die sich in diesem Zeitraum vollziehende allmähliche Konsolidierung der innenpolitischen Verhältnisse im Sinne Stalins und die dabei angewandten politischen, militärischen und ökonomischen Maßnahmen.

Die zweite Phase betrifft den Zeitraum zwischen 1947 und 1953. Für die einzelnen Länder Ostmittel- und Südosteuropas sowie der SBZ zeichnet Hacker den Prozeß der Machtübernahme durch die Kommunisten nach wie auch die Ausrichtung der weiteren inneren Entwicklung dieser Länder auf das sowjetische Vorbild. Indem Hacker die Untersuchung der Ereignisse einer nach Ländern getrennten Analyse unterzieht, zeigt er, wie sehr es sich bei der innenpolitischen Gleichschaltung um ein nach Geographie, Geschichte und Verhältnis zur Sowjetunion differenzierendes Verfahren gehandelt hat. Einen weiteren Betrachtungsschwerpunkt stellt der nach dem Zweiten Weltkrieg eintretende Einschnitt im West-Ost-Verhältnis dar, den Hacker in seinen Auswirkungen auf die Beziehungen des sowjetischen Machtbereichs untersucht.

Für die nach dem Tod Stalins 1953 beginnende bis 1956 dauernde Entwicklungsphase der kommunistischen Staatenverbindung stellt der Autor die von den Nachfolgern proklamierte Politik des „Neuen Kurses“ und die unterschiedlichen Konsequenzen vor, die die Länder der sowjetischen „Sphäre“ aus der „neuen“ Lage ziehen.

Nach den gescheiterten Bemühungen der sowjetischen Führung, in den Jahren 1956 und 1957 das Blockgefüge zu rekonsolidieren und die Volksdemokratien zur vorbehaltlosen Anerkennung des sowjetischen Führungsanspruches zu gewinnen, muß dann die Sowjetunion aufgrund der Sonderentwicklungen in Albanien, Jugoslawien und China in einer weiteren Phase einen fortschreitenden Autoritätsverlust hinnehmen, was, wie Hacker schildert, 1961 schließlich zum Schisma des Weltkommunismus führt.

Für die sich an den Sturz Chruschtschows 1964 anschließende Entwicklungsphase, die den Zeitraum bis 1968 umfaßt, beschreibt er die von Breschnew und Kosygin betriebene Blockpolitik, die um die Wiederherstellung und Stärkung des Zusammenhalts des „sozialistischen Lagers“ im institutionellen Rahmen des RGW und Warschauer Pakts bemüht ist.

Die militärische Intervention der fünf Warschauer Pakt-Staaten in der ČSSR im

Jahre 1968 bedeutet für Hacker den Beginn einer neuen Phase in der Entwicklung des Ostblocks, da ab diesem Zeitpunkt der Kreml darüber bestimmt, in welchen Grenzen die Führungen der Bruderländer – den sowjetischen Vorstellungen gemäß – die Gestaltung der inneren Verhältnisse ihrer Staaten vornehmen dürfen. Der letzte Teil der Analyse Hackers, der sich mit der Struktur der östlichen Staatenverbindung auseinandersetzt, ist unter die zentrale Frage gestellt, wie das Verhältnis der Sowjetunion zu ihren Bündnispartnern im Warschauer Pakt zu klassifizieren ist. Als Bewertungskriterium hierfür zieht Hacker das Handeln der Sowjetunion im Falle der ČSSR im Jahre 1968 heran, das den deutlichen Anspruch der UdSSR dokumentiert habe, als „Ordnungsmacht“ zu fungieren wie auch das Recht zur Intervention im Namen des Kollektivs durchzusetzen.

Die Berücksichtigung politischer, ideologischer, militärischer, völkerrechtlicher und ökonomischer Aspekte macht Hackers Studie zu einer umfassenden Gesamtdarstellung der „engeren sozialistischen“ Gemeinschaft. Aufgrund dieser vielschichtigen Aspekte führt die Untersuchung in den Ergebnissen zu Verschiebungen gegenüber solchen Analysen westlicher Ostforschung, die sich bei Behandlung dieser zentralen Abschnitte auf die Erarbeitung von Teilaspekten beschränken. Diese Verschiebungen zeigen sich besonders im ersten Teil der Analyse Hackers, in dem die differenziertere Betrachtung der Politik Stalins einen sehr viel früheren Zeitpunkt für die Herauskristallisierung der kommunistischen Staatenverbindung nahelegt. Im Vergleich hierzu sehen insbesondere deutschsprachige Untersuchungen die Entstehung des Ostblocks vornehmlich unter militärischen Perspektiven und somit als Ergebnis der durch den Zweiten Weltkrieg veränderten internationalen Machtverhältnisse.

Ein weiteres Verdienst des Autors besteht darin, die Haltung der alliierten Westmächte gegenüber der UdSSR in die Betrachtung miteinbezogen zu haben. So weist Hacker nach, daß die USA und Großbritannien nicht nur die Politik der Sowjetunion gegenüber Ostmitteleuropa ermöglicht haben, sondern geradezu auch Vorschub für das Vorgehen der UdSSR in Südosteuropa geleistet haben. Dazu zählt Hacker insbesondere das von Churchill der Sowjetunion unterbreitete und von dieser dankbar akzeptierte Angebot vom Oktober 1944, den sowjetischen und britischen Einfluß in Rumänien, Griechenland, Jugoslawien und Bulgarien aufzuteilen. Indem Hacker betont, daß bereits mit diesem Angebot eine wichtige Entscheidung hinsichtlich des künftigen Schicksals der südosteuropäischen Länder getroffen worden ist, korrigiert er die zeitgeschichtliche Forschung in der Bundesrepublik, die ihm in diesem Punkt zu sehr auf die Konferenz der „Großen Drei“ von Teheran, Jalta und Potsdam fixiert erscheint und Churchills „Prozenthandel“ seiner Meinung nach als Marginalie betrachte.

Hacker beschränkt sich nicht auf die bloße Deskription zentraler Ereignisse, sondern interpretiert sie unter dem Blickwinkel spezifischer Fragestellungen. Die Analyse beruht auf der Auswertung zahlreicher Sekundärquellen aus westlichen Ländern, insbesondere Untersuchungen der amerikanischen Forschung, die im deutschsprachigen Raum bisher gar nicht oder nur unzureichend berücksichtigt worden sind. Dadurch wird im allgemeinen nicht nur Transparenz in solche Vorgänge gebracht, die in der Forschung bis heute noch nicht restlos geklärt sind, sondern auch auf die Unterschiede deutscher und angelsächsischer Forschungsergebnisse hingewiesen.